



Kein Vertrauen

Von Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

„Wir fühlen uns von der Politik insgesamt und der Bundesregierung nicht unterstützt“. Das haben vier von fünf Beschäftigten der Bundespolizei in der umfassendsten wissenschaftlichen Mitarbeiterbefragung, die jemals in der deutschen Polizei durchgeführt wurde, festgestellt. Die Ergebnisse der Studie „Klartext 2010“, durchgeführt durch die Technische Universität Chemnitz und geleitet vom renommierten Politikwissenschaftler, Prof. Dr. Gerd Strohmeier, wurde am 4. April 2011 in der Bundespressekonferenz vorgestellt.

Die massive Abwendung der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei von der Bundesregierung ist fraglos ein dramatischer Sachverhalt. Die Tatsache, dass diese Feststellung nicht zu nachhaltigen Reaktionen, – noch nicht einmal zu ernsthaften Nachfragen bei der Bundesregierung und dem verantwortlichen Bundesinnenministerium –, geführt hat, ist überaus bedenklich.

Was hat man überhaupt getan, um der massiven Vertrauenskrise im absoluten Kernbereich staatlichen Handels zu begegnen?

Der frühere Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, hat der Bundespolizei und ihren Interessensvertretern im Jahr 2010 zugesagt, die vorhandene – ca. 1000 Funktionen betreffende – große Lücke zwischen den eingerichteten Dienstposten und den hauswirtschaftlich verfügbaren Planstellen in der Bundespolizei zu beseitigen. Trotz dieser Zusage besteht die sogenannte „Dienstpostenschere“ bis heute weiter.

Die Situation wird durch die ständige weitere Einrichtung neuer Dienstposten sogar noch verstärkt. Damit reisen wei-

ter Hunderte Kolleginnen und Kollegen ständig bundesweit durch das Land, um die „Löcher“ zu stopfen, die gleichzeitig in anderen Bereichen aufgemacht werden.

Aus Zeitgründen hat man im Jahr 2008 nur einen Teil der Dienstposten in der Bundespolizei neu bewertet. Die Bundesbereitschaftspolizei, Teile der Kriminalitätsbekämpfung, die Fliegergruppe und die Fliegerstaffeln, aber auch die Bundespolizei See, um nur einige wesentliche Bereiche zu nennen, wurden nicht neu bewertet. Man wolle das aber zeitnah nachholen, erklärten die Verantwortlichen damals ... – Es ist nichts passiert!

Thomas de Maizière hat dann festgelegt, dass die überfällige Bewertung im Zusammenhang mit Schließung der „Dienstpostenschere“ durchgeführt wird.

Weder die Schere ist geschlossen, noch die Neubewertung ist durchgeführt: Mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei werden damit weiter benachteiligt.

In der gleichen Zeit hat man auch noch die Aufgabe der Luftfrachtkontrollen übernommen. Wissend, dass man schon für die bisherige Organisation viel zu wenig Personal hat und auch die nächsten drei Jahre nicht eine Frau und einen Mann mehr haben wird. Weitere, die Menschen belastende und kostenintensive Abordnungen sind die Folge.

Die für die Bekämpfung der illegalen Migration sowie die Bekämpfung der Gewaltprävention in den öffentlichen Verkehrsräumen zuständigen und heute schon personell ausgedünnten Organisationsbereiche werden weiter geschwächt und auch die arg gebeutelte Bundesbereitschaftspolizei wird personell weiter ausgedünnt. Und das, obwohl der Bundesinnenminister immer wieder genau das Gegenteil erklärt.



Insgesamt ist festzustellen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei auf politische Zusagen nicht setzen können. Dort, wo sie politische Führung und politische Verantwortung bei der Durchführung ihrer Aufgaben erwarten, ist diese nicht erkennbar.

Die Bundesregierung verlangt durchgehend gute Aufgabenerfüllung von unseren Kolleginnen und Kollegen, ordnet ihnen weitere Aufgaben zu und kürzt gleichzeitig Personal; gleichzeitig löst sie dort, wo Glaubwürdigkeit und Verantwortung gefragt ist, nichts ein. – Von dem Willen, neues Vertrauen zu bilden, ist nichts zu spüren. Es ist kein Vertrauen vorhanden!

Die Bundesregierung kann mit diesem Zustand vielleicht in ihren letzten Monaten noch auskommen. Das Land insgesamt kann ohne gegenseitiges Vertrauen nicht auskommen; – schon gar nicht mit fehlendem Vertrauen zwischen Polizei und Politik.



BEKÄMPFUNG DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

„Deutschland braucht im wirksamen Kampf gegen Finanz- und Wirtschaftskriminalität, Schmuggel, Betrug und Geldwäsche dringend eine effektiv aufgestellte Bundesfinanzpolizei“, erklärt Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Mitte Januar 2013 in Berlin.

Mit geschickt angelegten Umsatzsteuerkarussellen, mit Waffen-, Kriegswaffen-, Rauschgift- und Zigaretten schmuggel, mit Subventionsbetrug, kriminellen Außenhandel, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Steuerhinterziehung würden auch in Deutschland jährlich Milliarden illegal verdient, die durch intelligent verzweigte Geldwäscheaktivitäten wieder dem legalen Markt zugeführt würden und diesen empfindlich stören, kritisiert die Gewerkschaft der Polizei

(GdP). Witthaut: „Am Ende sind die realen Bürgerinnen und Bürger als Steuerzahler und Unternehmer Opfer dieser illegalen Kapitalakkumulation.“

Seit Jahresbeginn ist die längst überfällige Debatte über die Schaffung einer Bundesfinanzpolizei und mehr Steuergerechtigkeit wieder angefacht.

Witthaut: „Wer Steuergerechtigkeit sowie stabile und seriöse Wettbewerbsverhältnisse in Europa und einen starken Euro haben will, muss auch massiv gegen diese kriminellen Sozialschmarotzer vorgehen. Der große Griff in die schmale Kasse der Allgemeinheit ist kein Kavaliersdelikt. Deshalb gehörten die, die sich im großen Stil in nahezu verbrecherischer Weise unsozial am Allgemeinwohl auf Kosten der ehrlichen Menschen bereichern, indem sie enorme illegale Vermögen zu ihren Gunsten beiseite schaffen, wirksam verfolgt“, so der GdP-Bundesvorsitzende weiter. Eine Bundesfinanzpolizei sei schnell, unbürokratisch

und weitestgehend kostenneutral zu realisieren, indem man die bestehenden Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste des Zolls, die schon heute Teile dieser Aufgaben wahrnehmen, zu einer schlanken und schlagkräftig aufgestellten Bundesfinanzpolizei umgewandelt. So könnte zum Beispiel das Zollkriminalamt als Zentralstelle der Bundesfinanzpolizei die Steuerfahndungen der Länder vor allem dort tatkräftig unterstützen, wo die Steuerkriminalität grenzüberschreitend wird oder weit in die Bereiche der Organisierten Kriminalität hineinragt. „Andere europäische Länder haben schon lange eine Finanzpolizei“, erläutert Witthaut, „doch ausgerechnet das zuständige Bundesministerium der Finanzen wehrt sich seit mehr als zehn Jahren mit großer Energie und fadenscheinigen Argumenten gegen die langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einer wirksamen Bundesfinanzpolizei.“



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

MITGLIEDERSERVICE

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
BUNDESPOLIZEI

NEWSLETTER

Immer die Nase vorn ...

Wenn Du immer bestens informiert sein möchtest, abonniere einfach den kostenlosen Newsletter der GdP-Bezirk Bundespolizei. Das geht ganz leicht: Auf www.gdp-bundespolizei.de „Newsletter“ in der blauen Leiste anklicken und Dich anmelden. Und keine Angst! Du wirst nicht mit Mails zugeworfen.

Und als **Dankeschön für Deine Anmeldung** kannst Du auch etwas gewinnen.

Wir verlosen unter allen Newsletter-abonnenten im Jahr 2013 jeden Monat einen **Amazon Einkaufsgutschein im Wert von 50 Euro.**

Doppelte Gewinnchance für Newsletter-Schnellabonnenten: Wer sich bis 31.3.2013 anmeldet, nimmt zusätzlich an der Verlosung einer 5-tägigen Flusskreuzfahrt für 2 Personen von A-ROSA Flusskreuzfahrten auf dem Rhein teil.*

* Einlösbar bis 31.12.13, frei nach Wahl und Verfügung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© fotowebbox - Fotolia.com



NACHGEFRAGT

Zu Beginn des Jahres 2013 trat Reza Ahmari (Foto) sein neues Amt als stellvertretender Pressesprecher der hessischen Landeshauptstadt in Wiesbaden an.

Der ehemalige Erste Polizeihauptkommissar kann auch auf ein bewegtes Berufsleben bei der Bundespolizei zurückblicken. Ergo: Ein überlegter – und kein überstürzter – Wechsel. Wir wollten von unserem GdP-Mitglied mehr hierzu erfahren ...

DP: Ich las zu deiner Vorstellung in der neuen Tätigkeit, dass dich u. a. ein größeres Portfolio auf dem Terrain der Öffentlichkeitsarbeit reizte, diese neue und andere Aufgabe anzunehmen. Die Handlungsoptionen zu „Produkten“, „Marken“, „Projekten“ und „Dienstleistungen“ dürften sich im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Bundespolizei anders darstellen. Was erhoffst du dir von einem anderen Ansatz eines Portfolios?

Reza Ahmari: Ich habe in meinen 25 Dienstjahren bei der Bundespolizei verschiedene Tätigkeiten ausgeübt. Die letzten sieben Jahren waren von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für eine sich stark wandelnde Polizeiorganisation geprägt. Hierbei merkte ich, dass ich diese Tätigkeit besonders gerne mache. Nunmehr für eine Landeshauptstadt diese Aufgabe wahrzunehmen, stellt eine Herausforderung dar, der ich mich mit 44 Jahren noch mal stellen möchte, um auch meinen Horizont zu erweitern. Zudem verschafft es mir die Möglichkeiten, auch einmal positive Nachrichten zu vermarkten, die sich nicht nur mit Großeinsätzen und Unglücksfällen beschäftigen.

DP: Kannst du schon Vergleiche bemühen zwischen deiner Tätigkeit als Polizist und Pressesprecher und deinem jetzigen Arbeitsumfeld in der zweitgrößten hessischen Stadt, die ja mit der rheinland-pfälzischen Stadt Mainz ein „Doppelzentrum“ darstellt, in dem auch fast eine halbe Million Menschen leben?

Reza Ahmari: Ja das kann ich; – zunächst muss ich sagen, dass es schon schwerfällt, in einer neuen Behörde anzufangen, wo man zunächst gar kein Netzwerk hat. Alles ist erstmal fremd und ich muss sehr viele Menschen und Abläufe neu kennenlernen. Es ist um einiges politischer und der Druck, der auf einem lastet, empfinde ich sogar noch höher. Was mir allerdings auch sofort auffällt, ist die Tatsache, dass sich die Aus- und Fortbildung als Polizeibeamter innerhalb der Bundespolizei so umfäng-

lich darstellt, dass ich viele erlernte Grundlagenkenntnisse ebenfalls in einer kommunalen Verwaltung gut gebrauchen kann.

DP: Nun weiß ich, dass dich die Bundespolizei auch prägte; ich weiß auch darum, dass deine Person auch für das bürokratische Wortungetüm „Migrationshintergrund“ herhielt. Dabei ging es dir immer um das Menschsein und Gerechtigkeit an sich sowie die Akzeptanz als Polizeibeamter. Wer dich näher kennt, weiß um deine Herzlichkeit und deine Kollegialität. Wie schwer fiel dir dieser Schritt, einen Neuanfang zu wagen oder anders gefragt: Was war letztendlich Motivation, sich auf diese Veränderung einzulassen?

Reza Ahmari: Ich merke erst jetzt sehr deutlich, wie viel ich der Organisation Bundespolizei zu verdanken habe. Auch meine Bemühungen um die Integration von Menschen aus anderen Kulturen und die Qualifizierung von Kolleginnen und Kollegen zur Sensibilisierung im Umgang mit anderen aus fernen Ländern prägten mich und mein Handeln. Diese Tätigkeiten werde ich im Nebenamt weiterführen; denn auch in Wiesbaden, einer Stadt mit einem hohem Migrantenanteil, sind die Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben und Wirken von hoher Bedeutung. Bezüglich meiner Motivation über den Wechsel kann ich die größere Durchlässigkeit der Beamtenlaufbahnen anführen, die für mich auch karrieretechnisch in Wiesbaden einen Anreiz bieten.

DP: Die Entwicklung des „alten“ Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei ist auch mit deinem Namen und Wirken verbunden. Was verlief positiv bzw. was wünschst du dir im Weiteren für die Entwicklung dieser Bundespolizei und wo können wir schlicht und ergreifend besser werden?

Reza Ahmari: Hinsichtlich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat sich mit der Neuorganisation im Jahre 2008 sehr viel bei der Polizei des Bundes getan. Insbesondere die neue, offene Ausrichtung der Kommunikation hat dem Image der Bundespolizei – und auch mir persönlich – sehr gut getan. Aber auch insgesamt hat sich die Bundespolizei in den vergangenen zehn Jahren in vielerlei Hinsicht hervorragend entwickelt. Nachholbedarf gibt es meines Erachtens im Bereich der Organisationskultur und dem damit verbundenen Umgang miteinander. Im Bereich der Personalentwicklung wünsche ich mir in Zukunft mehr Flexibilität und Durchlässigkeit, damit sehr engagierte und hoch



Foto: privat

qualifizierte Mitarbeiter auch geeignete Perspektiven eröffnet bekommen, die letztlich dann auch für eine optimalere Aufgabenerfüllung der Bundespolizei sorgt.

DP: Lieber Reza, wir danken dir für deine Ausführungen und wünschen dir persönlich sowie für deinen weiteren beruflichen Lebensweg alles erdenklich Gute.

Das Gespräch für das Bezirksjournal mit Reza Ahmari führte Martin Schmitt, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main

BONUSPLUS

Unsere neue Prämienübersicht aus dem BonusPlus-Programm des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für 2013 wurde auch ins Internet eingestellt. Neben den vielen interessanten Sachprämien bieten wir auch weiterhin den „max-choice-Gutschein“ als Prämie an. Was verbirgt sich dahinter? – Alles Wissenswerte zu unserem BonusPlus-Programm findet ihr unter www.gdp-bundespolizei.de.

Solltet ihr noch Fragen dazu haben, stehen wir euch gerne zur Verfügung. Ansprechpartnerin ist unsere Kollegin Andrea Roth, Telefon 02 11/ 7 10 45 13, oder per E-Mail roth@gdp-bundespolizei.de.



Auf Wiedersehen Petra – Verabschiedung in den (Un-)Ruhestand ...

Während der letzten Vorstandssitzung – im vergangenen Jahr – der Kreisgruppe (KG) Pirna der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 14. Dezember 2012 wurde „unsere“ Petra Ehm in ihren wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Wolfgang Schmidt, als KG-Vorsitzender, bedankte sich mit herzlichen Worten bei Petra für ihre geleistete Arbeit und ihr Engagement in der Gewerkschaft der Polizei sowie der Kreisgruppe Pirna.

Als Angehörige der Volkspolizei – im Bereich Pass- und Meldewesen – wurde sie 1990 in den damaligen Bundesgrenzschutz (BGS) übernommen und war viele Jahre als Bearbeiterin für Aus- und Fortbildung sowie im Grenzpolizeiwesen im BGS-Amt Pirna tätig. Später wechselte sie in den Bereich der Kriminalprävention, wo sie bis zuletzt tätig war.

Petra war als Gründungsmitglied der GdP-Kreisgruppe Pirna am 31. März 1992 maßgeblich mit daran beteiligt, Strukturen aufzubauen, unsere Gewerkschaftsarbeit mit Leben zu füllen und hielt als „Finanzministerin“ 21 Jahre lang das Geld zusammen.

Mit ihrer burschikosen, aber immer herzlichen Art, wird sie eine Lücke hinterlassen, die zu schließen schwierig wird. Petra Ehm wird der Kreisgruppe fehlen; aber wir sind sicher, dass sie zukünftig bei den Senioren für ordentlichen Schwung sorgen wird. – Liebe Petra, danke noch mal und alles Gute im zukünftigen (Un-)Ruhestand.

Diesem Dank und den guten Wünschen an die Pensionärin schließen sich auf diesem Weg auch der geschäftsführende Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei ganz herzlich an.

Sven Förster

Wolfgang Schmidt (links) sowie Sven Förster (rechts) verabschiedeten „unsere“ Petra (Bildmitte) gebührend und herzlich in ihren Ruhestand. Foto: GdP

Das Jahr fängt ja gut an, sagte sich Jürgen Krank (rechts im Bild), und bekam vom Vorsitzenden der Kreisgruppe (KG) München der Gewerkschaft der Polizei, Hans Ibel (links im Bild), eine Urkunde überreicht sowie dankende Worte zu seinem 25-jährigen GdP-Mitgliedschaftsjubiläum zu hören.

**Foto: GdP**

Als der zu Ehrende seine Beitrittserklärung zur GdP unterschrieb, war er noch Angehöriger der damaligen Bundesgrenzschutzabteilung in Coburg, die ja leider auch einer Reform zum Opfer fiel. – Geboren in Kronach, gearbeitet in Coburg und Oerlenbach, ein Franke durch und durch; da hat es Jürgen Krank im oberbayerischen München nicht immer leicht ...

Der Liebe wegen verlegte er seinen Wohnsitz in die mittelfränkische Metropole Nürnberg und pendelt lieber täglich nach München. – „Dahaam is hald dahaam!“

Jürgen Krank engagiert sich nicht nur auf Gewerkschaftsebene und bei der IPA in München; aufgrund seiner Tätigkeit als stellvertretender Leiter des Sachbereichs 36 (Aus- und Fortbildung) bei der Bundespolizeidirektion in München ist er auch Beisitzer in diversen Feststellungsausschüssen.

Seit dem 1. Januar 2013 sitzt er auch im Prüfungsausschuss für die Abschlussprüfungen der Verwaltungsfachgestellten in der öffentlichen Bundesverwaltung. Hans Ibel von der GdP-Kreisgruppe München dankte ihm im Besonderen auch für das freundschaftliche Verhältnis zueinander. Dem Dank für seine gewerkschaftliche Treue an Jürgen Krank schließen sich auf diesem Weg auch der geschäftsführende Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei ganz herzlich an.

HI**FACHGRUPPE BAG**

Zum Auftakt des Bundestagswahljahres 2013 trafen sich am 8. Januar 2013 Vertreter des Vorstandes der Fachgruppe Bundesamt für Güterverkehr (BAG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch.

Kauder kam auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Clemens Große Macke nach Lönningen (Niedersachsen) und wurde dabei von seinem Bundestags- und Fraktionskollegen Franz-Josef Holzenkamp begleitet. Im Rahmen dieses Besuches wurden unter anderem auch die Hauptthemenschwerpunkte der GdP-Fachgruppe erörtert.

Für die BAG-Fachgruppe standen Andreas Uhlhorn und Carsten Chudalla dem Fraktionsvorsitzenden, seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Christian

Motzer sowie den Abgeordneten als Gesprächspartner zur Verfügung. Dabei zeigte sich der CDU-Spitzenpolitiker Kauder bestens über die Situation der Kontrolldienste im BAG und die dringend zu lösenden Probleme informiert.

Die Hartnäckigkeit, mit der die GdP-Fachgruppe an den Themen für die Kolleginnen und Kollegen dranbleibt sowie die daraus resultierenden guten politischen Kontakte verdienen seinen Respekt, gab der Fraktionschef den Gewerkschaftern zu verstehen. Und er halte



FACHGRUPPE BAG

die aufgestellten Forderungen der GdP für die Beschäftigten des BAG für gerechtfertigt und unterstützenswert.

Volker Kauder brachte weiter zum Ausdruck, dass die jahrelangen Bemühungen der GdP um die Verbeamtung – mit dazugehöriger Sonderlaufbahn – und die Schaffung einer tatsächlichen und effektiven Eigensicherung, bereits dazu führten, dass alle betroffenen Ministerien zu den Anliegen sowie den entsprechenden Hintergründen umfassende Kenntnisse haben. In Würdigung all dieser Bemühungen sagte Kauder zu, diese GdP-Themen in Kürze mit dem zuständigen Bundesverkehrsminister, Dr. Peter Ram-

sauer, zielorientiert zu besprechen. – Über die Inhalte und Ergebnisse des Ministergesprächs werde der Vorstand der GdP-Fachgruppe zeitnah informieren.

Weiter wurde vereinbart, dass die zukünftigen Vorgehensweisen mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Fraktionsvorsitzenden koordiniert werden sollten.

Darüber hinaus steht Kauder auch weiterhin für die Fachgruppe zum Informations- und Gedankenaustausch zur Verfügung. Der GdP-Vorstand der Fachgruppe BAG weiß dieses Angebot zu schätzen und wird davon sicherlich auch Gebrauch machen. **MM**



Hartnäckigkeit und Sachverstand führen zu Akzeptanz: Die GdP-Vorstandsmitglieder Andreas Uhlhorn (Bildmitte) und Carsten Chudalla (rechts) im Gespräch mit Volker Kauder (links). **Foto: GdP**

ZOLL CHRONISCH UNTERBESETZT

Der enorme Zuwachs im letzten Jahr an geschmuggeltem Crystal an der deutsch-tschechischen Grenze macht deutlich, dass der Zoll seine vollkommen fehlgeleitete strategische Ausrichtung der Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste ändern muss.

Während die Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit mehr als zehn Jahren das für den Zoll zuständige Bundesministerium der Finanzen (BMF) auffordert, die Strukturen und die Ausrüstung der Vollzugsdienste im Zoll endlich an die gesetzlich zugewiesenen polizeilichen Aufgabengebiete anzupassen, wehrt sich das

BMF mit nicht nachvollziehbaren Hinweisen auf die selbsterfundene ausschließliche Bedeutung der Zollverwaltung als reine Finanzbehörde und schiebt die Kriminalitätsbekämpfung ins Reich einer fiskalischen Annexkompetenz.

Das BMF negierte in der Vergangenheit dabei immer wieder die originären Zuständigkeiten des Zolls als Behörde mit Aufgaben der polizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Kampf gegen Schmuggel, Geldwäsche, Markenpiraterie, Wirtschafts- und Finanzkriminalität.

So erklärte 2010 der damalige oberste Zollbeamte Stähr (BMF) der Werthebach-Kommission unzutreffend, dass der Zoll für die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels nicht originär zuständig

sei. Die GdP fordert seit langem, statt eines unverantwortlichen Personalabbaus, die Vollzugsdienste im Zoll zu einer schlagkräftigen Bundesfinanzpolizei auszubauen, die ein wirksames Instrument im Kampf gegen die Kriminalität im Zuständigkeitsbereich des Zolls wäre. Die Initiative des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMF, Hartmut Koschyk, den Einsatz des Zolls im Kampf gegen den Drogenschmuggel zu stärken, wird von der GdP begrüßt. Hierzu ist es aber vor allem erforderlich, effektive Strukturen im Zoll zu etablieren. Die engagierten Kolleginnen und Kollegen im Einsatz erwarten seit Jahren vom BMF eine dieser polizeilichen Aufgabe angemessene strategische Ausrichtung und Führung in einer Bundesfinanzpolizei.

KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS

„Die Bundespolizei von heute verfügt über ein höheres Bildungsniveau, eine höhere Fremdsprachenkompetenz, über deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund und über deutlich mehr Frauen im Polizeidienst als noch vor zehn Jahren. In dieser Polizei ist überhaupt kein Platz für rassistisches Verhalten“, so Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei, zu einem Bericht im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ mit dem Titel „Klagen über Rassismus in der Bundespolizei“.

Richtig ist aber auch, dass in der Zeit seit 2009 der dienstliche Druck zur Durchführung von mehr polizeilichen Kontrollen – auch zur Verhinderung der illegalen Migration nach Deutschland – deutlich erhöht wurde. So wurde in sogenannten „Zielvereinbarungen“ in einzelnen Bundespolizeidirektionen z. B. eine Erhöhung solcher Kontrollen um 25% pro Jahr gefordert. Diese Kontrollmaßnahmen wurden ständig zahlenmäßig erfasst und mit den anderen Bundespolizeidirektionen abgeglichen.

„Bei diesen, stark ausgeweiteten Kontrollen wurden dann sicher auch farbige und ausländische Menschen verstärkt kontrolliert. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben sich von Anfang an gegen diese Kontrollvorgaben gewehrt. Nachdem die-

se Vorgaben trotzdem weitergeführt wurden, haben Personalvertretungen auch mit Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gegen diese Vorgaben vor Gericht geklagt. Wir gehen davon aus, dass derzeit solche Vorgaben in der Bundespolizei nicht mehr existieren.

Gleichwohl werden wir aber auch zukünftig miteinander in der Bundespolizei darauf achten, dass Rassismus – auch in kleinsten Ansätzen – keinerlei Raum in dieser Polizei hat“, so der GdP-Vorsitzende anlässlich einer Presseerklärung Anfang Januar 2013 in Berlin.



KREISGRUPPE POTSDAM MIT NEUEM VORSTAND

Unter der souveränen Verhandlungsleitung der Vorstandsmitglieder des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Sven Hüber und Klaus Borghorst, wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe (KG) Potsdam, die am Samstag, dem 19. Januar 2013, in Berlin stattfand, der komplette Vorstand neu gewählt.

Die anwesenden Mitglieder sprachen dabei mit überwältigender Mehrheit dem neuen Vorsitzenden Herfried Lankhorst ihr Vertrauen aus. Ihm zur Seite steht der ebenfalls mit deutlicher Mehrheit gewählte Vorstand, der sich namentlich wie folgt zusammensetzt: Christian Haug, Emil Hübsch und Manfred Gidionsen (stellvertretende Vorsitzende), Waltraud March (Kassiererin), Ramona Mende (stellvertretende Kassiererin), Stefan Rathmann (Schriftführer), Franziska

Schuhmann (stellvertretende Schriftführerin), Thomas Schröter, Birgit Hoffmann, Andreas Dally sowie Michaela Laubisch (Beisitzerinnen und Beisitzer). Neu gewählt wurden ebenfalls sämtliche Mandatsdelegierte.

Herfried Lankhorst bedankte sich als neuer KG-Vorsitzender bei allen Anwesenden für das entgegengebrachte Vertrauen. „Ihm sei bewusst, dass diese neue Aufgabe aufgrund der geografisch weit verstreuten Mitgliedschaft eine große

Herausforderung darstellt. Dieser Herausforderung stellen sich die KG-Vorstandsmitglieder ganz bewusst und man baue dabei auch auf die solidarische Unterstützung der großen GdP-Familie“, so der neue Vorsitzende. Der neue Vorstand präsentierte sich anschließend mit Klaus Borghorst und Sven Hüber zu einem Gruppenbild. **SR**



Foto: GdP

PRESSEMITTEILUNG

GdP: Verantwortung für den deutlichen Anstieg illegaler Migration liegt bei der Bundesregierung.

Ein Anstieg illegaler Einwanderung auf 21 156 unerlaubt eingereiste Personen im Jahr 2011 ist die alarmierende Zahl des Migrationsberichts des Bundesinnenministers, der am 30. Januar 2013 im Bundeskabinett beraten wurde. Nach Einschätzung von Fachleuten liegt die Dunkelziffer noch zehnmal höher als die festgestellten Zahlen. „Der Bundesinnenminister täte gut daran, nicht nur Statistiken zu führen, sondern auch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Die Bekämpfung der illegalen Migration, auch an den EU-Binnengrenzen, ist ein deutlich aufwachsender Arbeitsschwerpunkt für die Bundespolizei. Dies wird aber personell nicht nachvollzogen“, so Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, Ende Januar 2013 in Berlin. Aus Sicht der GdP sind die Rahmenbedin-

gungen, um illegale Einreise effektiv bekämpfen zu können, von der derzeitigen Bundesregierung massiv verschlechtert worden. Die personelle Ausstattung der Bundespolizei im Bereich der deutsch-österreichischen Grenze beispielsweise sei vollkommen unzureichend. Auch nach einem Vor-Ort-Besuch des Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich im Jahr 2012 habe sich daran bis heute nichts geändert.

An den Grenzen zu Polen und Tschechien würden ständig Polizisten für Aufgaben in der Hauptstadt abgezogen. An den westlichen Grenzen seien Inspektionen, die sich insbesondere mit der Aufgabe der illegalen Migration beschäftigen, personell unterbesetzt. Ein Konzept, wie das fehlende Personal ersetzt werden kann, liege nicht vor.

Gleichzeitig gibt es für die stark aufwachsenden Aufgaben an den deutschen Flughäfen nach Angaben der Gewerkschaft ebenfalls kein Personalkonzept; im Gegenteil ...

Bundesinnenminister Friedrich habe sogar noch zusätzliche Aufgaben im

Luftfrachtbereich übernommen. Dies führe dazu, dass man auch nach der dritten Neuorganisation der Bundespolizei versuche, das Personaldefizit durch ständige Personalabordnungen quer durch das Bundesgebiet abzufangen.

„Der Anstieg der illegalen Einreisen nach Deutschland macht aber auch deutlich, dass ein wirksamer grenzpolizeilicher Schutz gegenüber dem grenzüberschreitenden internationalen Terrorismus überhaupt nicht mehr besteht. Wir erwarten hier dringend klare, zukunftsorientierte politische Entscheidungen.

Das kann nur die Bundesregierung tun und dies liegt fraglos auch in ihrer Verantwortung. Die Situation darf nicht mehr weiter einseitig und ausschließlich zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen gehen. Durch permanente Unsicherheit und anhaltende Überlastung ist schon heute deutlich feststellbar und wissenschaftlich nachgewiesen Schaden eingetreten“, so der GdP-Chef abschließend in seiner Presseerklärung.



GEEHRT

MIT DER GdP NACH ISRAEL

Bei der Ende November 2012 durchgeführten Mitgliederversammlung der Kreisgruppe (KG) Bundespolizeipräsidium Koblenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) konnte der alte und neue KG-Vorsitzende, Roland Braun, mit Unterstützung des Vorsitzenden des Bezirkes Bundespolizei, Josef Scheuring, ganz besondere Ehrungen vornehmen.

Armin Hofschulte, der ehemalige Vorsitzende des Hauptpersonalrates und Mitbegründer des GdP-Bezirks Bundespolizei, kann mit Stolz auf eine 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken. Josef Scheuring würdigte seine Verdienste und hob einige davon besonders hervor. Armin hatte einen wahrlich schweren Stand, um sich immer wieder gegen seine ärgsten Widersacher zu behaupten.

Seine Beharrlichkeit und die guten Kontakte zur Politik (u. a. zu Herbert Wehner) trugen dazu bei, dass aus dem paramilitärischen Bundesgrenzschutz die heutige Bundespolizei entstand.

Karl-Heinz Müller, ein weiteres „Urgestein“ der ehemaligen Grenzschutzdirektion, konnte ebenfalls für seine 50-jährige Gewerkschaftstreue geehrt werden. „Kalle“ Müllers grenzpolizeiliche Fachkompetenz war im ehemaligen Grenzschutzeinzeldienst (GSE) und über dessen Grenzen hinaus sehr gefragt. Des Weiteren war er sportlich sehr aktiv und im GSE für die Organisation diverser Sportveranstaltungen verantwortlich; die Faustballmannschaft der Grenzschutzdirektion war ihm dabei besonders ans Herz gewachsen.

Außerdem konnten Karl-Heinz Pazen, Reinhold Knieper und Walter Kilian für ihre 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt werden und auf eine 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit können Ingrid Jung, Rainer Stammberger, Mario Mannebach und Bernd Bittner zurückblicken.

Dem Dank des Bezirksvorsitzenden Josef Scheuring und des KG-Vorsitzenden Roland Braun schließt sich der gesamte Vorstand des GdP-Bezirks sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei ganz herzlich an. – Bilder zu den Ehrungen sowie eine weitergehende Berichterstattung sind auf unserer Homepage: gdpbundespolizei.de zu finden.

RB

Wer schon immer davon träumte, allein oder mit seinem Partner einmal in das „Heilige Land“ nach Israel zu fahren, es aus den unterschiedlichsten Gründen aber bisher nie in die Tat umsetzte, ist bei uns gerade richtig ...

Auch in diesem Jahr bietet der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern sowie ihren Begleitern wieder ein großartiges Erlebnis! Im Programm der Bildungsreise im „Heiligen Land“ stehen unter anderem „die weiße Stadt“ Tel Aviv mit Jaffa, Nazareth und Jerusalem (Foto), die heiligen Stätten um den See Genezareth, Sehenswürdigkeiten am Toten Meer, Einblicke in die Kultur und Religion von Juden, Muslimen und Christen. Wir wollen auch Besuche bei der israelischen Polizei/Grenzpolizei, bei der Polizei der Palästinensischen Autonomiebehörde, im Kibbuz und Gespräche über die politische Situation in Israel organisieren. Eine einmalige Gelegenheit, einen Einblick in diesen Schmelztiegel der Religionen, Geschichte und politischen Konflikte zu erhalten. Die Reise ist eine geführte staatspolitische Bildungsreise, die verschiedenste Einblicke in die religiösen, kulturellen, geschichtlichen und politischen Aspekte Israels bietet. Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder können nach Vorlage der Bestätigungen für die Teilnahme fünf Tage Sonderurlaub erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können für die gesamte Rei-



Foto: GdP

sedauer Bildungsurlaub nach den Vorschriften der jeweiligen Bundesländer in Anspruch nehmen. Im Preis enthalten sind u. a. Hotel-/Gästehausunterkunft im Doppelzimmer (Einzelzimmer möglich gegen Zuschlag), Busfahrt zu den Besuchsorten, Halbpension, alle Eintrittsgelder sowie fachkundige Führung in deutscher Sprache inklusive eines Anteils je Reisender für ortsübliche Trinkgelder, Spenden, Mieten im Gastland sowie gesonderte Programmpunkte. Mehr Informationen, Reise- und Bildberichte sowie Reisebedingungen/-preis und Anmeldeformular direkt auf unserer Spezial-Seite www.israelreise.gdp-bundespolizei.de. Fragen können an die GdP-Geschäftsstelle des Bezirkes Bundespolizei (Tel. 02 11/7 10 45 20) oder direkt an den Kollegen Sven Hüber, der auch dieses Mal die Bildungsreisen leitet, gerichtet werden (bhpr@bmi.bund.de oder Tel. 0 30/1 86 81 27 19).

KONFERENZ

Am 22. und 23. Januar 2013 treffen sich die Vorsitzenden der Kreis- und Direktionsgruppen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Bezirkes Bundespolizei in Potsdam, um über die weiteren Perspektiven für die Bundespolizei, den Zoll und das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) zu beraten.

In seiner Einführungsrede wies der GdP-Bezirksvorsitzende Josef Scheuring auf die Erfolge der zurückliegenden Jahre hin. Er beschrieb, wie es gelungen war, mit dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily das Attraktivitätsprogramm II auszuhandeln und ihn von der Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in eine „Bundespolizei“ zu überzeugen. Der GdP-Chef machte aber auch klar, dass es

nicht darum gehen kann, sich auf Erfolgen auszuruhen, sondern man nun den Blick mit klaren Zielen nach vorne richten müsse.

Sven Hüber, stellvertretender GdP-Bezirksvorsitzender, stellte die Kernergebnisse der Evaluation der Bundespolizei dar und konnte feststellen, dass sich diese Ergebnisse in wesentlichen Punkten mit den Positionen der Gewerkschaft der Polizei decken. Diese knüpften auch nahtlos an die Maßnahmenempfehlungen an, die von der Technischen Universität Chemnitz entwickelt wurden, um die Berufszufriedenheit in der Bundespolizei zu verbessern. Die Maßnahmenempfehlungen wurden nun vom Bezirk Bundespolizei zu einem neuen Attraktivitätsprogramm („Attraktivität für Alle“) weiterentwickelt, das

Fortsetzung auf Seite 8



KONFERENZ

Fortsetzung von Seite 7

der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek den Kreis- und Direktionsgruppenvorsitzenden vorstellte. Zentrale Forderung ist eine ganzheitliche und nachhaltige Personalpolitik, die auf mehr Fairness beim Berufseinstieg, mehr Möglichkeiten im Berufsverlauf sowie mehr Menschlichkeit hinzielt. Das Programm, das wir an anderer Stelle noch ausführlich vorstellen werden, wurde einhellig begrüßt.

Frank Buckenhofer, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Zoll, erläuterte noch einmal die zentrale Forderung zur Schaffung einer Bundesfinanzpolizei. Angesichts von Milliardenverlusten durch Steuerhinterziehung oder illegale Beschäftigung sei dies eine längst überfällige Maßnahme, die sich in anderen Ländern bereits ausgesprochen bewährt habe.

Über den Rechtsschutz und über den Sachstand wichtiger Musterverfahren, die unser Bezirk teilweise bis hin zum Bundesverfassungsgericht für die GdP-Mitglieder führt, informierten Klaus Borghorst, Vorsitzender der Rechtsschutzkommission, und die Justiziarin Dr. Janina Gauder. Der stellvertretende GdP-Bezirksvorsitzende Karlfred Hofgesang präsentierte den umfassenden Bildungsplan für 2013. Martin Schilff, Schriftführer des GdP-Bezirks Bundespolizei, Geschäftsführer Dr. Hartmut Kühn und Gewerkschaftssekretärin Anja Scheuermann erläuterten gemeinsam Neuerungen, die die Kreis- und Direktionsgruppen bei der Mitgliederbetreuung und -werbung unterstützen sollen.

Auch die Möglichkeit, sich am Rande der Tagung gemeinsam über Erfahrungen und Probleme auszutauschen, wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern rege genutzt. Mit dieser Kreisgruppenvorsitzendenkonferenz startet der Bezirk mit frischen Ideen und voller Tatendrang in das Bundestagswahljahr 2013. **HK**

BUCHTIPP

Unser Kollege Gisbert Schweiger (links im Bild) ist für unsere Endorfer Kollegen ein bekanntes Gesicht. Seit 40 Jahren ist er gewerkschaftlich tätig und er trägt als Mitglied im Gesamtpersonalrat der Bundespolizeiakademie sowie – seit 20 Jahren – als Vorsitzender des Örtlichen Personalrates in Bad Endorf personalrätlich Verantwortung.



Foto: privat

Seine 16-jährige Tochter Julia (rechts im Bild) schrieb vor Kurzem ein Buch mit dem Titel „24 Lieder“. Zum Inhalt: Kurz vor Weihnachten kämpft Sarah mit einigen Problemen: Ihre Eltern streiten sich pausenlos, ihre Freundin benimmt sich absolut unmöglich und ausgerechnet jetzt spielen auch noch ihre Gefühle verrückt. Aber was hat das alles mit der seltsamen „Adventskalender-Kassette“ zu tun, auf der alle Songs in Zusammenhang mit Sarahs Leben zu stehen scheinen? – Neugierig geworden? Julia Schweigers Erstlingswerk „24 Lieder“ ist in jedem Buchhandel, ISBN 978-3-86215-272-8, oder beim Verlag Deutsche Literaturgesellschaft, Berlin, Bestellhotline Tel. 0 30/27 59 53 12, E-Mail zentrale@deutsche-literaturgesellschaft.de, erhältlich.

GEEHRT**Im Einsatz für die Menschen ...**

„Martin Schmitt ist nicht nur seit 25 Jahren Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sondern er bringt sich auch seit vielen Jahren in ganz herausragenden Funktionen für die Menschen in der Bundespolizei und damit auch für die GdP ein. Solange wir Menschen wie Martin Schmitt in unseren Reihen haben, brauchen wir um den Stellenwert von Menschlichkeit in der Bundespolizei und um die

Zukunft des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei keine Angst zu haben.“ Das stellte der GdP-Bezirksvorsitzende bei der Übergabe der Urkunde zur 25-jährigen Gewerkschaftsmitgliedschaft an Martin Schmitt (rechts im Bild) in Frankfurt/Main fest. Der Geehrte ist seit der letzten Neuorganisation der Bundespolizei Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main. Gleichzeitig führt er auch den Personalrat, der mit mehr als 2000 Beschäftigten größten Dienststelle der Bundespolizei in Deutschland. Bis zur Umsetzung der Neuorganisation im Jahr 2008 war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim damaligen Bundespolizeipräsidium Mitte. Seit 2000 bekleidet er auch als verantwortlicher Redakteur den Bundespolizeiteil der GdP-Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“.

Die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main stellt wegen ihrer Akzeptanzprobleme innerhalb der Bundespolizei, der weiten Anfahrtswege vieler Kolleginnen und Kollegen zur Dienststelle,

der besonderen Belastungen des Ballungsraums Rhein-Main und einer Reihe anderer, die Arbeit belastender Faktoren, eine ganz besondere Herausforderung für die Arbeit der Personalvertretung und der Gewerkschaft der Polizei dar. Schmitt und seine Mitstreiter haben dazu schon vor vielen Jahren gute Alternativen, wie die Werbung und Einstellung des eigenen Nachwuchses direkt im Rhein-Main-Gebiet oder verlässliche Versetzungskriterien aus der Dienststelle heraus erarbeitet. Ärgerlicherweise sind diese guten Ansätze in Teilen durch die Neuorganisation wieder zerstört worden oder werden, wie die örtliche Werbung und Einstellung von der Bundespolizei, viel zu langsam und nicht konsequent genug umgesetzt. „Martin Schmitt und seine Mitkämpfer müssen deshalb viel zu oft den Frust aushalten, der eigentlich den Verantwortlichen der Bundespolizei gilt. In dieser fordernden Funktion immer für die Menschen da zu sein, hat ganz besondere Anerkennung verdient“, so Josef Scheuring (links im Bild). **JS**



Foto: GdP

